

S t e l l u n g n a h m e

des
Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
vom Mittwoch, dem 20. März 2002 (84. Sitzung)
zu

Unterrichtung durch die Bundesregierung Bericht der Bundesregierung über Ergebnisse ihrer Bemühungen um ein Rahmenkonzept für die Stabilisierung Mazedoniens und um eine politische und ökonomische Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa

BT-Drucksache 14/07891

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe nimmt die Unterrichtung der Bundesregierung zur Kenntnis. Aus menschenrechtlicher Sicht empfiehlt er, die Bundesregierung aufzufordern, in künftigen Berichten folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Probleme der Flüchtlingsrückkehrer nicht ausschließlich als Aufgabe des Stabilitätspaktes sondern auch als eine der Bundesrepublik Deutschland und der EU zu begreifen;
- neben den Problemen der Flüchtlinge auch die Problematik der Binnenvertriebenen darzustellen;
- die humanitären Leistungen im Bereich der Obdachlosenhilfe, der Gesundheitsversorgung und der Wiederaufbauhilfe zu berücksichtigen;
- die tatsächlichen Prioritäten in der Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina darzustellen, da die jetzige Berichterstattung einen falschen Eindruck hinsichtlich der Prioritäten vermittelt;
- Problematik der Nichtüberstellung der meisten Kriegsverbrecher zu behandeln;
- die frauenspezifischen Problematik, beispielsweise im Bereich der organisierten Kriminalität und des Frauenhandels darzustellen;
- infrastrukturelle Maßnahmen, wie beispielsweise die Schiffbarmachung der Donau zu behandeln.

Christa Nickels
Vorsitzende

An den/die

Vorsitzende(n) folgender Ausschüsse:

Auswärtiger Ausschuss (ff)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union